

DS Nr. 0842/ 2025-2030

An den
Vorsitzenden des
Schul- und Sportausschusses
Lars Nockemann, im Hause
per Mail

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Fraktionsgeschäftsstelle

Silvia Bose
Referentin Schule/Sport/Kultur
Niederwall
33602 Bielefeld
Tel.: +49 (0)521 51-8604
silvia.bose@gruene-bielefeld.de

Bielefeld, den 03.März 2026

Betreff: Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion
„**Neue Förderschule nicht überhastet gründen**“

Sehr geehrter Herr Nockemann,
zur kommenden Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 17. März 2026 stellen wir
folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Die im Schuljahr 2026/2027 fehlenden Schulplätze für Kinder mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung (gE) werden zunächst noch einmal an bestehenden Schulen freier Träger geschaffen.
2. Die Verwaltung lässt die Entscheidung der Bezirksregierung, dass die Stadt Bielefeld für fehlende Schulplätze eine städtische Förderschule mit dem Förderschwerpunkt gE gründen muss statt sie an bestehenden Schulen freier Träger zu schaffen, rechtlich prüfen.
3. Bis zur rechtlichen Klärung wird die Planung für die neue städtische Förderschule mit dem Schwerpunkt gE ausgesetzt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den zukünftigen Bedarf an Förderschulplätzen insbesondere mit dem Förderschwerpunkt gE zu ermitteln und Möglichkeiten zu prüfen, wie die benötigten Schulplätze an bestehenden Schulen sichergestellt werden können.
 - i) Dabei ist der spezifische Raumbedarf von Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt gE besonders zu berücksichtigen. Ebenso wie der Raum für die begleitenden kommunalen Angebote.
 - ii) Die Prüfung umfasst auch die Kostenkalkulation.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Inklusion im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten weiterzuentwickeln und zukunftsweisende Lösungen für den gE-Bedarf zu erarbeiten. Dabei können sowohl die geplante Sekundarschule als auch das BieBuZ eine Schlüsselrolle übernehmen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Landesregierung, der Bezirksregierung sowie dem Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL) zu führen, um Ausbildungskapazitäten in der Region auszubauen und Maßnahmen zur Absicherung von Unterricht und Betreuungszeiten zu entwickeln.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Landesregierung, der Bezirksvertretung, dem LWL und freien Trägern von Förderschulen zu führen, um einen gemeinsamen Umgang mit dem Personalnotstand zu finden und reduzierten Unterrichts- und Betreuungszeiten entgegenzuwirken.

Begründung:

Derzeit besteht eine unsichere Situation bezüglich der Schulplätze für Kinder mit dem Förderbedarf gE. Die Entscheidung der Bezirksregierung zur Schaffung einer städtischen Schule wirft rechtliche und praktische Fragen auf, insbesondere im Hinblick auf die Lehrerversorgung auch über Bielefeld hinaus und die Qualität der Bildung. Die Aussetzung der weiteren Planungen und eine rechtliche Überprüfung sind notwendig, um eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Die Sicherung der Schulplätze für 2026/2027 durch die Erweiterung bestehender Schulen ist ein wichtiger Schritt, um die Bildungschancen für alle Kinder zu gewährleisten. Die Prüfung der zukünftigen Kapazitäten und die Weiterentwicklung von Inklusion sind entscheidend, um eine inklusive und hochwertige Bildung für alle Kinder zu sichern.

Die Gespräche mit der Landtagsregierung und der Bezirksregierung sind notwendig, um die Ausbildungskapazitäten in der Region zu stärken und die Unterrichts- und Betreuungszeiten abzusichern. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Bildungslandschaft in unserer Stadt zukunftsfähig zu gestalten. Sollte die Stadt eine eigene Schule für geistige Entwicklung schaffen müssen, muss diese den Anforderungen und Qualitäten der bestehenden Schulen entsprechen. Dafür braucht es zeitlichen Vorlauf und ein Konzeptentwurf.

Bielefeld, den 2. März 2026

Bündnis 90/Die Grünen

Mit freundlichen Grüßen
Lisa Brockerhoff